

**Aus: Schröder, L./Urban, H.-J. (Hrsg.): Ökologie der Arbeit. Impulse für einen nachhaltigen Umbau (Jahrbuch Gute Arbeit – Ausgabe 2018), Frankfurt 2018**

*Nadine Müller/Klaus Pickshaus/Jürgen Reusch/Lothar Schröder/Hans-Jürgen Urban*

## **Ökologie der Arbeit**

### **Impulse für einen nachhaltigen Umbau**

#### **Zehn Jahre Jahrbuch gute Arbeit –zehn Jahre wissenschaftliche Analyse und politische Strategiedebatten**

Das vorliegende Jahrbuch „Ökologie der Arbeit“ ist das zehnte seiner Art. Seit nunmehr einem Jahrzehnt bietet das jährlich erschienene Kompendium ein Forum der wissenschaftlich informierten und politisch ambitionierten Debatte über die Gegenwart und Zukunft der Arbeit. Das von uns eröffnete Diskussionsangebot wurde erfreulich bereitwillig und breit aufgenommen: von Wissenschaftler\*innen, Politiker\*innen und vor allem von örtlichen und betrieblichen Gewerkschafter\*innen, die über Alltagsprobleme ihrer Arbeit berichteten und über Erfolge der betrieblichen Praxis informierten. Dabei ging es letztlich stets um die Anforderungen und Perspektiven guter Arbeit, also um das Leitbild einer Erwerbsarbeit, das soziale Sicherheit, gesundheits- und qualifikationsförderliche Arbeitsbedingungen sowie Spielräume der Persönlichkeitsentwicklung zu verbinden sucht und sich zugleich zentralen gesellschaftlichen Debatten und Anforderungen stellt. Fragen einer humanisierungsorientierten Arbeitspolitik wurden dabei stets thematisiert, doch das Spektrum der Schwerpunktthemen reichte darüber hinaus. Es umfasste Fragen der Digitalisierung, der Demografie und schließlich auch der sozial-ökologischen Transformation des nicht nachhaltigen Entwicklungsmodells des Gegenwartskapitalismus.

Dabei kann das Schwerpunktthema dieses Jubiläumsbandes als Klammerthema der bisherigen Jahrbücher verstanden werden. Ihm liegt ein weiter Begriff von Arbeitsökologie zugrunde, der betriebliche, aber auch soziale und naturbedingte Aspekte der Verausgabung und Regeneration des menschlichen Arbeitsvermögens umfasst und in politische Gute-Arbeit-Strategien einbindet. Die Konkretisierung einer solchen Strategie war Gegenstand aller bisherigen Jahrbücher. In den meisten Beiträgen stand der betriebliche Blickwinkel im Mittelpunkt. Es ging immer um einen nachhaltigen Umgang mit dem Arbeitsvermögen (s. den Beitrag von Lothar Schröder/Hans-Joachim Schulz im Jahrbuch 2009). Dies schloss gesellschaftliche Regulationserfordernisse ein, soll aber jetzt mit diesem Jahrbuch auf die Impulse für einen sozial-ökologischen Umbau erweitert werden. Schon im ersten Jahrbuch 2009 wurde diese Debatte („Vom Agenda-Setting zur strategischen Debatte“ – Einleitung von Herausgebern und Redaktion) eröffnet und in einer arbeitspolitischen Typologisierung ein arbeitskraftzentrierter Ansatz begründet, der sich mit innovationspolitischem Herangehen überschneidet, sich aber völlig vom vorherrschenden Cost-Cutting-Ansatz absetzt (Beitrag von Pickshaus/Urban im Jahrbuch 2009). Die folgenden Jahrbücher 2010 und 2011 setzten sich mit den Folgen der tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie mit dem permanenten Restrukturierungstrend auseinander.

Eine Gute-Arbeit-Strategie muss sich auf den aktuellen, also auch von den Beschäftigten als vordringlich bewerteten gewerkschaftlichen Handlungsfeldern bewähren. Folgerichtig behandelten die Jahrbücher 2012 und 2013 das Thema „Zeitbombe Arbeitsstress“ einschließlich der daraus resultierenden Forderungen an die Politik (Anti-Stress-Verordnung). Die Themen Prekarisierung, Qualifizierung und demografischer Wandel schlossen sich als Schwerpunkte 2014 und 2015 an und wurden 2016 mit dem aktuellen Thema Digitalisierung fortgesetzt. Immer standen auch die Schlussfolgerungen für eine qualitative Tarifpolitik im Blickpunkt – so insbesondere 2015 – und konnten 2017 mit Blick auf das Thema Arbeitszeitpolitik konkretisiert werden.

### **Ökologie der Arbeit – eine zukunftssträchtiges Gegenwartsthema**

Es lag also nahe, das schon gut ausgearbeitete gewerkschaftliche Konzept „Gute Arbeit“ nun in den Kontext einer weiter gefassten sozial-ökologischen Umbaustrategie zu stellen. Gewerkschaftliches Engagement für persönlichkeits- und gesundheitsförderliche Arbeit, die Vermeidung von Selbstgefährdung durch Arbeiten ohne Ende (bei indirekten Unternehmenssteuerungsformen), für Prävention bei psychischen Belastungen, die durch den digitalen Umbruch in der Arbeit noch verstärkt werden, für Arbeitszeitverkürzung und mehr Zeitsouveränität mit neuen Potenzialen für Care-Arbeit – alles das erfordert zugleich einen Abschied vom „Immer-mehr-und-immer-schneller“ durch permanenten Produktivitätssteigerungszwang, Offenheit für das Wie, das Was und das Wozu der Produktion im Interesse einer auch ökologisch verträglichen Produktions- und Wirtschaftsweise. Gute Arbeit bedeutet also auch sinnvolle, befriedigende Arbeit, die nachhaltige Lebensstile fördert und sich in die Anforderungen sozialer und Naturverträglichkeit einordnet.

Denn kein Zweifel: Ökologie der Arbeit ist ein Thema der Gegenwart. Und vor allem der nahen Zukunft. Die Überlastung und Überausbeutung der natürlichen Stoffkreisläufe geht einher mit der Überlastung und Überausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Nicht nur in den Billiglohnhöllen des globalen Südens, auch in den Metropolen, auch in Deutschland. Die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen, Armut und Ungleichheit nehmen zu. Daran ändern auch geschönte Armuts- und Reichtumsberichte nichts.

Was wir erleben, ist eine „ökonomisch-ökologische Zangen- oder Doppelkrise“ (Klaus Dörre/Karina Becker in diesem Band) – mit noch offenem Ausgang. Kapitalistisches Wirtschaftswachstum in der bisherigen Art und Weise produziert ökologische Zerstörung und bringt immer tiefere soziale Verwerfungen hervor. Das historisch Neue daran: Die Destabilisierung der Ökosysteme droht unumkehrbar zu werden.

Was Marx 1867 als allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion charakterisierte, nämlich dass sie „zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (Marx 1867/1980: 530), hat längst globale Ausmaße angenommen. Denn „wir sehen uns auch mit einer Krise des ‚Weiter so!‘ in den arbeitsvermittelten Gesellschafts-Naturbeziehungen konfrontiert.“ (Dörre/Becker)

Also kein „Weiter so!“ in der Art und Weise, wie wir arbeiten, produzieren, konsumieren und leben – weder hinsichtlich der Gesellschaft noch der Natur. Genau darum geht es beim

Thema Ökologie der Arbeit, dem Schwerpunkt dieses Bandes. Es geht um die Reproduktion der Arbeitskraft, aber auch die der Gesellschaft und der Natur. Es geht um Nachhaltigkeit in den Mensch-Natur-Beziehungen und zugleich um Nachhaltigkeit in der Art und Weise, wie Menschen arbeiten und schließlich auch um die Nachhaltigkeit der Gesellschaft. Damit befinden wir uns auf dem „ureigene[n] Terrain der Gewerkschaften. Sie stehen vor der Aufgabe, in die Ökologiedebatten die sozialen und gesellschaftlichen Implikationen“ ihrer Erfahrungen einzubringen (Hans-Jürgen Urban in diesem Band).

Wir fangen damit nicht bei null an. Nach der Seite der humanen Ressourcen und sozialen Beziehungen haben wir in den bisherigen neun Jahrbüchern schon in thematisch vielfach gefragt. Unter den neuen Vorzeichen führen wir das in dieser Ausgabe fort: „Die Besinnung auf eine Ökologie der Arbeit ist heute notwendiger denn je. Sie muss sich, ebenso wie beim Naturschutz, der Nachhaltigkeit, dem Energiehaushalt und der Lebensqualität annehmen. Es gilt, alte und neue Ökofaktoren der Arbeit in den Blick zu nehmen und im Interesse der Arbeitenden zu beeinflussen.“ (Lothar Schröder in diesem Band) Das Neue in der Ausgabe des Jahres 2018 ist der Versuch, die Erörterung der sozialen und gesellschaftlichen Fragen der Reproduktion der Arbeitskraft mit ihren ökologischen Aspekten zusammen zu denken und zu diskutieren. Das ist für Industrie- wie für Dienstleistungsgewerkschaften eine große Herausforderung. Und eine Bewährungsprobe, die erst noch bestanden werden muss.

### **Gewerkschaften, Arbeit, Ökologie, Nachhaltigkeit: Ein Rückblick**

Zunächst lässt sich festhalten: Die Gewerkschaften haben durchaus frühzeitig – etwa seit Beginn der 1970er Jahre - ökologische Themen aufgegriffen, also etwa seit der Zeit, da in der Öffentlichkeit und dann in der Politik Umweltfragen eine Rolle zu spielen begannen. Der – hier notwendig nur skizzenhafte – Rückblick auf das Verhältnis von Gewerkschaften und Ökologie und damit Ökologiebewegungen zeigt aber auch: Dies war auf beiden Seiten eine Geschichte von oft mühsamer Annäherung, von Fort- und Rückschritten, von Schwankungen und unterschiedlichen Aufmerksamkeitszyklen (Pickshaus 2017). Und bei alledem auch eine Geschichte von Widersprüchen, die reale Zielkonflikte widerspiegeln. Das ist auch heute noch so.

Drei Phasen lassen sich unterscheiden. Die Thematisierungsphase begann, als der DGB 1972 „Leitsätze zum Umweltschutz“ veröffentlichte, 1974 gab er sich erstmals ein Umweltprogramm. In den „Leitsätzen“ hieß es: „Gewerkschaftsarbeit erschöpft sich nicht in der Entlohnung und den übrigen Arbeitsbedingungen, vielmehr nahmen die deutschen Gewerkschaften schon immer eine politische Gestaltungsaufgabe in Anspruch, die sie auch im Rahmen des Umweltschutzes ausüben werden.“ (zit. in Arlt u.a. 2007: 23) Eine menschenwürdige Umwelt hänge eng zusammen mit einer humanen Arbeitswelt. Arbeitsplatzsicherheit und Umweltschutz dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. 1974 setzte die erste große Wirtschaftskrise der alten Bundesrepublik ein. Die Arbeitslosenzahlen schnellten in die Höhe, die neoliberale Offensive begann, die Wirtschaft wurde umgekrempelt und die sozialen Sicherungssysteme wurden schrittweise demontiert. Dies alles lenkte die gewerkschaftliche Aufmerksamkeit wieder auf die traditionellen Aufgabenfelder. Das Vollbeschäftigungsziel hatte Vorrang. Das zeigte sich exemplarisch –

allen Umweltprogrammen zum Trotz – an der damals dezidiert positiven Haltung des DGB und der meisten Einzelgewerkschaften zur „friedlichen Nutzung der Kernenergie“. Die Ölkrise 1973 verstärkte diese Position noch, während andererseits die Anti-Atombewegung nach den Aktionen um das Kernkraftwerk Wyhl ihren Aufschwung nahm. Auch die Umweltbewegungen dieser Jahre waren nicht strategisch auf gesellschaftliche Bündnisse orientiert und zeigten kaum Interesse für das Arbeitsplatzengagement der Gewerkschaften. Hier trafen zwei völlig gegensätzliche politische Kulturen – oft unversöhnlich - aufeinander (Hildebrandt 1992: 351).

Auch wenn die Pro-Atomkraft-Position innerhalb der Gewerkschaften nie unumstritten war, hielt sie sich lange; die verhärteten Fronten kamen erst nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 wirklich in Bewegung. Erst danach änderte der DGB seine bisherige Position und unterstützte nun die Forderung nach dem Ausstieg aus der Atomenergie. 1988 plädierte der ÖTV-Gewerkschaftstag – vormals kompromisslos für Atomenergie - für den Ausstieg. Aber erst als die damalige rot-grüne Bundesregierung 2009 den Atomkonsens aufkündigte, reihten sich die Gewerkschaften - zuerst die IG Metall - aktiv in die Anti-AKW-Bewegung ein (Reinhard Klopffleisch in diesem Band; Appen 2011). Auch weiterhin war die Erwartung, Umweltschutz schaffe Arbeitsplätze, ein tragendes Argument für das Öko-Engagement der Gewerkschaften. 1986 beschloss der DGB das Programm „Umweltschutz und qualitatives Wachstum“ und forderte ein Investitionsprojekt mit einem Volumen von 50 Milliarden Mark. Industrielles Wachstum war eine unumstrittene Größe, nun häufig allerdings mit dem Adjektiv „qualitativ“ versehen.

#### *Orientierung auf Arbeitsumweltpolitik*

Erst nach und nach kamen weitere Aspekte hinzu. In den 1980er Jahren zeichnete sich eine zweite Entwicklungsphase im Ökoengagement der Gewerkschaften ab. Es wurden Ansätze sichtbar, gesellschaftliche Umwelterhaltung und individuelle Gesundheit, die auch durch die Arbeitsbedingungen beeinflusst wurde, zusammenzudenken (Leisewitz/Pickshaus 1990). In den späten 1980er Jahren gelang dann die erste konzeptionelle Verknüpfung von Umwelt- und Gesundheitsschutzproblemen. Bei den betrieblichen Akteuren war eine wachsende Sensibilisierung für Umwelt- und Gesundheitsgefahren durch stoffliche Risiken in der Produktion festzustellen. Allerdings entwickelte diese sich nicht im Selbstlauf. „Inwieweit und wie konkret ökologische Risikowahrnehmung auch auf die eigene Arbeitssituation und den Betrieb übersetzt wird, hängt im hohen Maße von der Information und Interpretation entsprechender ‚Übersetzungsmedien‘ ab – und damit vor allem von den Gewerkschaften.“ (ebd.: 166)

Beispielgebend dafür war die 1988 von der IG Metall Baden-Württemberg initiierte Aktion „Tatort Betrieb“. Sie richtete sich in der Startphase gegen den Einsatz chlorierter Lösemittel bei der Metallreinigung, die die Gesundheit der Beschäftigten schädigten und die nach Gebrauch in der Nordsee verklappt wurden. Diese Verklappung war Anlass medial wirksamer Greenpeace-Aktionen. Eine Studie zu den Erfahrungen dieser Aktion schlussfolgerte: „Die Aktion Tatort Betrieb hat in vielen Fällen einen innerbetrieblichen Prozess der ‚ökologischen Spurensuche‘ angestoßen: über den einzelnen Gefahrstoff hinaus auf vor- und nachgelagerte

Risikophasen sowie auf außerbetriebliche Wirkungen. Auf jeden Fall hat sie dazu beigetragen, die ‚ökologische Kompetenz‘ vieler in der Aktion Engagierter zu erhöhen.“ In einem gewerkschaftlichen Konzept, das die „ökologischen und gesundheitlichen Risiken im betrieblichen Bereich“ thematisierte, wurden Chancen für eine Politisierung des Arbeitsschutzes gesehen (Leisewitz/Pickshaus 1992: 69). Alfred Oppolzer (1993) entwickelte wenig später ein umfassendes Konzept einer „Ökologie der Arbeit“ (dazu auch Lothar Schröder und Hans-Jürgen Urban in diesem Band).

In Skandinavien hatte sich schon in den 1980er Jahren ein modernes Verständnis des Arbeitsschutzes herausgebildet, das auf Prävention und Beteiligung der Beschäftigten basierte und mit dem Begriff einer „Arbeitsumweltpolitik“ auch ökologische Aspekte integrierte. Dieser skandinavische Einfluss prägte teilweise auch die EG-Rahmenrichtlinie zur Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit aus dem Jahr 1989, die wiederum zur Basis eines neuen, ganzheitlichen und präventiven Arbeitsschutzansatzes auch in Deutschland wurde (Bücker/Feldhoff/Kohte 1994).

Etwa zu dieser Zeit gab es auch erste Debatten darüber, welche Produkte zu welchem Zweck eigentlich hergestellt werden sollten. So entstanden in den 1980er Jahren zahlreiche betriebliche Konversions-Arbeitskreise unter Beteiligung von Gewerkschaftern und Betriebsräten – vor allem im Bereich der IG Metall, vornehmlich in der krisengebeutelten Werftindustrie und in der Rüstungsproduktion. Daraus entwickelte sich eine „Debatte um Produktmitbestimmung, die auf die gesamte Organisation ausstrahlte“ (Arlt u.a. 2007: 25). Das Öko-Engagement der Gewerkschaften wurde allmählich vielschichtiger. Ernsthaftige Fragen nach den ökologischen Folgen bestimmter Produktionszweige für die Gesellschaft lagen z.B. einem Kongress zugrunde, den die IG Metall 1990 zusammen mit dem Deutschen Naturschutzring (DNR) zum Thema „Auto, Umwelt, Verkehr“ organisierte. 1994 machten sich ÖTV und Greenpeace gemeinsam für eine ökologische Steuerreform stark. Die Postgewerkschaft setzte das Thema Arbeit und Ökologie auf ihre politische Tagesordnung. Auch andere Gewerkschaften entwickelten sozial-ökologische Initiativen. 2000 veröffentlichte die Hans-Böckler-Stiftung die Ergebnisse ihres Projekts „Arbeit und Ökologie“ (Hans-Böckler-Stiftung 2000). Als Kriterien nachhaltiger Arbeit wurden dort u.a. eine gesundheitsgerechte Arbeitsgestaltung und ein positiver Einfluss von Arbeit, Produktion und Dienstleistung auf die ökologische Situation der Gesellschaft benannt.

Bei alledem gab es in diesen Jahren aber auch immer wieder Phasen verminderter gewerkschaftlicher Aufmerksamkeit für Themen der Ökologie der Arbeit: So waren die 1990er Jahre, als nach der deutschen Vereinigung Arbeitsplatzsicherung und Lohnfragen im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Aktivitäten standen, eine Phase der Vernachlässigung ökologischer Dringlichkeiten. Ähnlich in und nach der Krise 2008/2009. Die 1990er Jahre waren insofern nicht nur eine Zeit nachlassenden ökologischen Engagements der Gewerkschaften, sie waren auch arbeitspolitisch ein „verlorenes Jahrzehnt“ (dazu Pickshaus/Urban 2002). Insofern war das im Jahr 2003 nach längerer Vorarbeit begonnene Projekt Gute Arbeit der IG Metall ein Ansatz, die Gewerkschaften als durchsetzungsfähige Reformkraft im Betrieb und auch in der Gesellschaft zurückzumelden (Pickshaus/Urban im Jahrbuch 2009: 95ff.). Dieses Projekt markiert so etwas wie den Beginn einer

Wiederentdeckungsphase. In dieser Phase, nämlich 2007, entstand auch die ver.di-Initiative Gute Arbeit (s. Schröder/Schulz im Jahrbuch 2009: 113ff.), und der DGB-Index Gute Arbeit trat als gemeinsame gewerkschaftliche Initiative an die Öffentlichkeit. Damit gelang es, das Thema Arbeitsgestaltung wieder auf die öffentliche und politische Agenda zu setzen (Sauer 2013: 141). 2009 erschien das erste „Jahrbuch“ Gute Arbeit.

### *Erweiterte Perspektive*

In den 2000er Jahren erweiterte sich die ökologische Perspektive der Gewerkschaften auf betrieblichen Umweltschutz. 2001 wurde ein Passus ins Betriebsverfassungsgesetz aufgenommen, der den betrieblichen Umweltschutz auch als Aufgabe der Betriebsräte definiert (§§ 80, 88 und vor allem 89).

Nachdem z.B. die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio mit der Agenda 21 und das Kyoto-Protokoll 1997 den globalen Handlungsbedarf im Klimaschutz formuliert und verbindliche Ziele fixiert hatten, befassten sich auch die Gewerkschaften intensiver mit diesen Fragen. Mit dieser Zeit etwa setzte eine dritte Phase gewerkschaftlichen Umwelt-Engagements ein. 2001 arbeitete der DGB im Rat für Nachhaltigkeit der Bundesregierung mit, 2002 beteiligten sich die Gewerkschaften am Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung. 2006 nahm ver.di Nachhaltigkeitsprinzipien in ihr neues Grundsatzprogramm auf.

In einer 2010 beschlossenen „Grundsatzklärung“ von ver.di hieß es: „Die Grenzen der natürlichen Ressourcen, die Erwärmung des Erdklimas, aber auch das Recht von Milliarden Menschen auf gleiche Teilhabe an einem guten Leben und damit am materiellen und immateriellen Wohlstand erfordern ein umweltgerechtes, Ressourcen schonendes und damit nachhaltiges Wirtschaften und eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Reichtums gleichermaßen. Unser Leitbild des nachhaltigen Wirtschaftens orientiert sich an klaren und für alle verbindlichen Regeln und mindert so die Risiken für Mensch und Natur. Nachhaltiges Wirtschaften verlangt Innovationen in neue umweltschonende Produkte und Dienstleistungen, aber auch eine andere Weise des Denkens und des ganzheitlichen Arbeitens, des Lebens und des Umgangs mit der Natur.“<sup>1</sup>

In der IG Metall war nach der Krise 2008/2009 die Konzeption eines „Kurswechsels“ in Richtung eines sozialen und ökologischen Umbaus der Industrie entwickelt worden (Blöcker 2013). Damit knüpfte die Gewerkschaft an ihre Konferenz „Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens“ an, die inzwischen 40 Jahre zurück lag. Mehr Lebensqualität durch Humanisierung der Arbeitswelt sollte mit Arbeitszeitverkürzung, mit Ressourcenschonung und mit sozialer Gerechtigkeit im globalen Maßstab verbunden werden. Nun ging es um eine andere Wirtschaftsordnung, die die Industriegesellschaft ökologisch und nachhaltig umbauete. Mitsprache, Mitbestimmung und direkte Beteiligung seien dafür die zentralen Stellhebel. 2011 lautete einer der Beschlüsse des Gewerkschaftstags der IG Metall: „Ein nachhaltiges Wachstum muss an den Bedürfnissen der Menschen ansetzen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sichern. Es basiert auf Ressourcen schonendem Konsum,

---

<sup>1</sup> <http://www.verdi.de/++file++5073a213deb5011af9001b43/download/Grundsatzerklaerung-der-ver.di-vom-18.-Maerz-2010-1.pdf>.

Umweltinvestitionen, insbesondere in erneuerbare Energien, und auf Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch.“<sup>2</sup>

An diese Entwicklungen kann die aktuelle Debatte um Ökologie der Arbeit anknüpfen. Auf der deklaratorischen Ebene sind die programmatischen Grundlagen dazu vorhanden. Arbeitsökologiepolitik gehört heute zweifellos „zum Kernbereich der gewerkschaftlichen Politik“. Dennoch ist „in diesem Themenfeld die Lücke zwischen objektivem Problemdruck und (mitunter eher zögerlicher) strategischer Thematisierung größer als in anderen Politikfeldern.“ Das betrifft Fragen des Umbaus der Automobil- und Stahlindustrie, einer nachhaltigen Industriepolitik, der Mobilitäts- und Energiewende, einer ökologischen Dienstleistungsökonomie und andere. Ein „analytisches Verständnis von den Dimensionen der Ökologieproblematik und eine entsprechende Strategie stehen (auch) auf Seiten der Gewerkschaften noch aus“ (Hans-Jürgen Urban in diesem Band).

### **Konfliktfelder sozial-ökologischer Transformation**

Heute besteht auch in den Gewerkschaften weitgehend Konsens, dass es „so“ nicht weiter gehen kann. „So“ meint unter anderem den steigenden Energieverbrauch, den Klimawandel, die Überlastung natürlicher Stoffkreisläufe, den immer weiter anschwellenden motorisierten Individualverkehr einschließlich des Güterverkehrs und die Überausbeutung menschlicher Arbeitskraft (Lessenich/Dörre 2014: 504). Die „ökologischen Verwerfungen“ machen sich längst auch „in den Zentren ökonomisch und sozial bemerkbar“ (Dörre 2013: 151).

Soll die eingangs erwähnte ökologisch-ökonomische Doppelkrise nicht in ein „degrowth by desaster“ münden, ist der Ausweg eine sozial-ökologische Transformation zu wirklicher Nachhaltigkeit. Sozial im Sinne einer Verbesserung und solidarischen Gestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation der lohnabhängig Beschäftigten und der gesellschaftlich benachteiligten Gruppen. Ökologisch im doppelten Sinne: im Sinne eines schonenden Umgangs mit den Ressourcen der Umwelt und im Sinne des schonenden Umgangs und der Entlastung menschlicher Arbeitskraft.

Nachhaltig also im Sinne einer Handlungsweise, die die Regenerationsfähigkeit der natürlichen und menschlichen Ressourcen beachtet und nicht überfordert. Wenn wir in dieser zehnten Ausgabe des „Jahrbuches“ Gute Arbeit Fragen der Ökologie der Arbeit thematisieren, meinen wir genau diesen Zusammenhang.

- Was die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen betrifft, müssen die Kernstrukturen der wachstumsgepolten Produktionsweise auf den Prüfstand. Die Konflikte um nachhaltige Mobilität, regenerative Energien usw. zeigen exemplarisch, dass es dazu einer politischen Steuerung bedarf. Allein eine nachhaltige Umgestaltung des Automobilsektors mit der Vielzahl von Arbeitsplätzen, die vom Auto direkt und indirekt abhängig sind und bei Berücksichtigung der enormen wirtschaftlichen und politischen Macht der Automobilwirtschaft, lässt erahnen: Hier wird es schwierig und konfliktreich, soziale, ökonomische und ökologische Interessen auch nur einigermaßen gleichberechtigt zu berücksichtigen. Zudem müssen

---

<sup>2</sup> EntschlieÙung des 22. ord. Gewerkschaftstages der IG Metall, Karlsruhe 2011, im Abschnitt 5.1 „Ökologischer Umbau“.

zukunftsfähige Lösungen gefunden und durchgesetzt werden in einer Zeit, in der die Automobilindustrie einen selbst gemachten Ansehensverlust verzeichnet und unter einem selbst verschuldeten Zeitdruck steht (s. dazu Frank Iwer in diesem Band). Ein „strukturkonservatives“ Herangehen wird hier schon mittelfristig Arbeitsplätze eher gefährden statt sie, wie gewünscht, zu sichern. Das fordert die Gewerkschaften heraus, am Umbau des Wertschöpfungssystems Auto und an der Schaffung einer sozial-ökologischen Mobilität mitzuarbeiten. Das ist u.a. schon deswegen unabdingbar, weil auch heute noch durchaus intelligente und zukunftsweisende ökologische Mobilitätskonzepte dem Problem der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie nur geringe Aufmerksamkeit widmen (s. z.B. Greenpeace 2017).<sup>3</sup>

- Einer der wichtigen Debattenstränge sieht die Chancen einer Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Entwicklung zur Dienstleistungsökonomie (Norbert Reuter in diesem Band). Und in der Tat wächst ja der Anteil des Dienstleistungssektors an Wertschöpfung und Beschäftigung rasant. Großen Anteil daran haben die personennahen Dienstleistungen (z.B. Care-Arbeit) und die Dienstleistungen für Mobilität, Kommunikation, Bildung usw. Die sozial-ökologische Weiterentwicklung einer solchen Dienstleistungsgesellschaft kann – so das Konzept – keine klassische Wachstumsgesellschaft mehr sein und wäre von ökologisch verträglicherem Typus als bisherige Modelle – mit weniger Energieverbrauch, weniger Emissionen usw. Diese „high-road“ in eine humane, soziale und ökologische Dienstleistungsgesellschaft setzt allerdings voraus, dass es gelingt, die soziale Spaltung der Gesellschaft zu überwinden und die extreme Ungleichheit bei Einkommen und Wohlstand abzubauen.
- Die Vision einer sozial-ökologischen Dienstleistungsgesellschaft ist Gegenstand einer lebhaften und teilweise kontroversen Debatte, die sich auch in den Beiträgen dieses Bandes widerspiegelt. Dabei sollten Reformen in Richtung einer ökologischen Dienstleistungsgesellschaft und der ökologische Umbau des industriellen Sektors nicht als Gegensätze, sondern als zwei Seiten einer Medaille begriffen werden. Unzweifelhaft bedarf die sozial-ökologische Umgestaltung nachhaltiger personen- und produktionsorientierte Dienstleistungen auch einer nachhaltigen Transformation der Industriestrukturen durch eine entsprechende Branchen- und Strukturpolitik (Wolfgang Lemb in diesem Band): Klimawandel und die Übernutzung der natürlichen Ressourcen werden die Art und Weise verändern (müssen), wie wir leben und arbeiten. Und die gigantische Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung, verbunden mit der rasanten Prekarisierung der Arbeit, mangelnde Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und die marktliberal

---

<sup>3</sup> Auch die Greenpeace-Studie zur ökologischen Verkehrswende für Deutschland bleibt zu diesem doch sehr wichtigen Punkt vage. Es heißt dort z.B. lediglich: „Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen sind zweifelsohne große industriepolitische Herausforderungen für den Automobilstandort Deutschland verbunden, die strukturpolitisch zu flankieren sind.“ (Langfassung S. 11).



geprägte Globalisierung tun ihr Übriges. Es geht darum, einen ressourceneffizienten und treibhausgasneutralen Entwicklungspfad zu finden, der allen ein gutes Leben und gute Arbeit ermöglicht.

- Neben der Automobilbranche ist die Stahlindustrie ein virulentes industriepolitisches Feld, auf dem der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie scharf zu Tage tritt. Auch in diesem Sektor steht eine sozial-ökologische Transformation an. Es ist historisch nicht neu, dass die Stahlbranche mit Überproduktion zu kämpfen hat. Relativ neu ist aber, dass diese Überproduktion in Ländern wie China - auch zu staatlich geförderten ökologischen Dumping-Konditionen - stattfindet und auf den Weltmarkt hinüberschwappt, auch nach Deutschland, während die Stahlbranche hierzulande statt auf Quantität vorrangig auf Spezialisierung und auch auf höhere ökologische Standards setzen muss, um eine Zukunft zu haben (Rudolf Hickel in diesem Band).
- Die Energiewende ist ein weiterer, wichtiger Bestandteil einer anstehenden Transformation. Der Energiebedarf nimmt zu, und die Umorientierung auf erneuerbare Energien hat begonnen, ist auch technisch und wirtschaftlich machbar. Dabei müssen die Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten gewahrt bleiben (Reinhard Klopffleisch in diesem Band). Allerdings ist die Abhängigkeit des Energiesystems von den fossilen Brennstoffen unverändert sehr groß, und eine starke Lobby von Konzernen, Industrieverbänden und Politik hat einen echten Umstieg bisher verhindert. Ein ökologischer und zugleich sozialverträglicher Ausstieg ist möglich, muss aber auch politisch durchgesetzt werden. Es bleibt Aufgabe der Gewerkschaften, sozialverträgliche Lösungen für die Beschäftigten aller Energiesektoren zu sichern und dabei auch ökologischen Anforderungen gerecht zu werden.
- Ein Weg zu mehr Klima- und Gesundheitsschutz und zu mehr Lebensqualität vor allem in den Ballungszentren führt über eine Neuausrichtung der Mobilität (Uwe Wötzel in diesem Band). Zu diesem Umbau gehören neben der Verkehrsvermeidung der massive Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, der Abbau der Priorität des Autoverkehrs, die Verlagerung von Transporten auf die Schiene, die Förderung des Fuß- und Fahrradverkehrs vor allem in den Städten u.v.m. „Das alles erfordert eine sozial- und ökologisch verträgliche Rahmensetzung, die aber nur in einem konfliktreichen Prozess durchgesetzt werden kann. ... Die enorm starken, politisch gestützten Widerstände der alten Mobilitätswirtschaft sind dabei das Haupthindernis. Für die Überwindung dieser Widerstände müssen sich auch Gewerkschaften deutlich stärker und gemeinsam engagieren.“ (ebd.)
- Ein ganz anderes Feld, auf dem sich eine sozial-ökologische Transformation bewähren muss, ist die Nahrungsmittelproduktion. Hier verbindet sich die Forderung nach einer ökologisch verträglichen Herstellung von Nahrungsmitteln mit Ansprüchen an eine nachhaltige Ernährungsweise und an gute Arbeitsbedingungen (Michaela Rosenberger und Melanie Frerichs in diesem Band). Die Interessenkonflikte sind auch hier beträchtlich: zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern, den ökonomischen

Interessen der Lebensmittelindustrie, den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Beschäftigten in diese Branche, den Interessen der Verbraucher sowie den ökologischen Anforderungen und Vorstellungen für eine gerechte globale Wirtschaft. Das stellt an die Gewerkschaften hohe Anforderungen – auch international: Denn menschenwürdige und ökologisch verträgliche Produktions- und Arbeitsbedingungen müssen in der ganzen Lieferkette durchgesetzt werden.

- Im Zusammenhang damit stehen auch die Anforderungen an eine Agrarwende hin zu einer ökologischen und sozial verträglichen Landwirtschaft (Thomas Hentschel und Katharina Varelmann in diesem Band). In der zunehmend industriell geprägten Landwirtschaft dominieren heute marktradikale Profitinteressen. Die Folgen: Belastungen der Umwelt, Schädigungen der Natur, schlechte Arbeitsbedingungen für die gut 1,5 Millionen Beschäftigten. Die Landwirtschaft ist ein Niedriglohnsektor, in den die Digitalisierung als Rationalisierungsoffensive Einzug hält. Hier liegt für die Gewerkschaften ein weites Handlungsfeld.

### **Gute Arbeit als Bestandteil sozial-ökologischer Transformation**

Die Gewerkschaftsbewegung lässt sich entstehungsgeschichtlich als Reaktion auf kapitalistische Rücksichtslosigkeit im Umgang mit der zwar hochflexiblen, aber letztlich begrenzten Ressource Arbeitskraft deuten. Insofern „leidet Arbeit doch in mancherlei Hinsicht unter einem vergleichbaren Mangel an Achtsamkeit und Respekt, wie er für den menschlichen Umgang mit der Natur über lange Jahre kennzeichnend war“ (Lothar Schröder in diesem Band). Oder anders formuliert: Kapitalistisches Wachstum zum Zweck exzessiver Profitproduktion hat eine Kehrseite, nämlich den Druck auf Löhne, die Schwächung von Arbeits- und Sozialstandards und damit auch die Schwächung der Gewerkschaften.

- Was sich in den Metropolen als massive Tendenz der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen zeigt, hat auch eine globale Seite: Die Textilproduktion ist ein Beispiel dafür (Fuchs/Quinto/Thiermeyer in diesem Band). Extreme Ausbeutung und hohe, oft tödlich wirkende Gesundheitsrisiken kennzeichnen die gesamte textile Wertschöpfungskette von der Baumwoll- und Faserproduktion über die Stoffveredelung und die Textilherstellung, im gesamten Transportbereich bis hin zum Groß- und Einzelhandel. Es sind die Beschäftigten, die mit diesen Stoffen und ihren teilweise katastrophalen Wirkungen konfrontiert sind. Erst am Ende der Kette erreichen die Gesundheitsrisiken auch die EndverbraucherInnen. Die in der Kette agierenden Konzerne bedrohen die Gesundheit von Beschäftigten und Konsumenten sowie die natürliche Umwelt. Die Gegenwehr und die Vernetzung der Aktivitäten von Gewerkschaften, Interessenvertretungen und Beschäftigten selbst (z.B. in der Clean Clothes Campaign, die von ver.di wie IG Metall unterstützt wird) sind insofern eine wichtige Voraussetzung, um soziale und ökologische Alternativen durchzusetzen.
- Ähnlich wie in der Textilproduktion sind in den letzten Jahrzehnten in den materiellen Produktionsprozessen immer mehr chemische Produkte zum Einsatz gekommen (Petra Müller-Knöß in diesem Band). Dies betrifft Werkstoffe etwa aus Kunststoff und

auch Arbeitsmittel wie Kleber, Lacke, Lösemittel oder Kühlschmierstoffe. So lassen sich beispielsweise in einem großen Automobilwerk Gefahrstoffkataster finden, in denen viele hundert Produkte aufgelistet sind. Diese Chemisierung in der Produktion wie im gesamten Reproduktionsprozess hat ein Gefährdungspotenzial geschaffen, das nicht nur Folgen für die Umwelt, sondern auch für die Gesundheit der Beschäftigten nach sich zieht. Die – gegen starke Widerstände der Chemieindustrie durchgesetzte - Reach-Verordnung der EU, die auch von den Gewerkschaften unterstützt wird, hat das Ziel, einen weit gehenden Schutz der Gesundheit der Beschäftigten und der Umwelt zu erreichen.

- Zu diesen schon lange bestehenden Problemlagen kommen neue hinzu, z.B. mit der Umstellung der Automobilproduktion auf Elektromobilität. Dazu gehören nicht nur neue Kompetenzanforderungen und Qualifikationserfordernisse, sondern auch neue Fragen des Arbeitsschutzes – in Produktion und Montage und auch in den Kfz-Werkstätten (Jürgen Dispan in diesem Band). Bei elektrischen Antriebskonzepten haben die Beschäftigten u.a. mit Hochvoltspannungen zu tun sowie mit bisher nicht verwendeten Gefahrstoffen, z.B. Lithium, aus denen ganz neue, bisher unbekannte Gefährdungsfaktoren entstehen. Es werden also ganz neue Arbeitsschutzkonzepte erforderlich.
- Auch im Dienstleistungsbereich nehmen Belastungsfaktoren zu, so etwa im Gesundheitswesen in dem Maß, wie dort Marktmechanismen und Kommerzialisierung politisch durchgesetzt werden (Grit Genster in diesem Band). Hier braucht es „politische wie auch tarifliche und arbeitswissenschaftliche Initiativen für Entlastung und Personalbemessung, um ein zentrales Problem der Ökologie der Arbeitswelt im Zuge der Digitalisierung anzugehen, nämlich das der immer noch zunehmenden Arbeitsverdichtung“ (Lothar Schröder in diesem Band). Der Knackpunkt ist hier die geradezu dramatische personelle Unterbesetzung. Das war bereits Thema der letzten beiden Jahrbuch-Ausgaben (Kalle Kunkel im Jahrbuch 2016 und Kalle Kunkel/Meike Jäger im Jahrbuch 2017). Hinzu kommen die schlechte Bezahlung und die zunehmende Prekarität vieler Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich. Diese Problemlage zu überwinden ist Ziel der ver.di-Initiative für Entlastung und mehr Personal.
- Mit der Digitalisierung unter neoliberalen Vorzeichen sind neue Gefährdungsfaktoren entstanden, die neue Ansätze zur Gestaltung humaner Arbeitsbedingungen erfordern (s. dazu viele Beiträge des Jahrbuches 2016). Das betrifft den wachsenden Anteil mobiler Arbeit (Gerlinde Vogl und andere in diesem Band), bei der sich fester Arbeitsort und feste Arbeitszeit auflösen. Die für die Beschäftigten entstehenden Freiräume sind allerdings mit zahlreichen Belastungen und Gesundheitsrisiken verbunden, für die präventive Lösungen noch gefunden werden müssen. Mehr noch trifft das zu auf Crowdwork-Beschäftigung, bei der alle Arbeitsleistungen vollständig digital – und oftmals unter Bedingungen sozialer Prekarität - erledigt werden (Sarah Bormann und Hans Pongratz in diesem Band). Aus gewerkschaftlicher Sicht stellen sich neue Anforderungen an Entlastung und Prävention. Die Digitalisierung betrifft

auch die Beschäftigten im Bereich der Deutschen Bahn. Claudia Dunst und Heinrich Biesel beschreiben die Initiativen der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), um den dort ablaufenden rasanten Prozess der umfassenden Digitalisierung nachhaltig zu gestalten. Mit der Auflösung des engen Zusammenhangs von Wohn- und Arbeitsort haben die Pendlerströme drastisch zugenommen und belasten die Beschäftigten und die Umwelt, zumal ein Großteil davon mit dem Pkw erledigt wird. Eine sozial-ökologische Transformation erfordert daher auch eine Reduzierung des Pendlerverkehrs (Claus Zanker in diesem Band). Umfassende betriebliche Regelungen zu ortsflexiblem Arbeiten können dazu einen Beitrag leisten.

- Insgesamt, so zeigt sich, betrifft Digitalisierung nicht nur die industrielle Produktion, sondern auch die Dienstleistungs- und Wissensarbeit. Die Erhebung des DGB-Index Gute Arbeit des Jahres 2016 ergab unter anderem, dass digitale Arbeitsmittel bereits für die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten zum Alltag gehören. Zwar können sie die Beschäftigten entlasten; tatsächlich betrifft das aber nur sehr wenige. Fast die Hälfte der Befragten verzeichnet mit der Digitalisierung eine Zunahme der Belastungen, vor allem der Arbeitsverdichtung (Rolf Schmucker in diesem Band).

Die hier nicht einmal vollständig skizzierten Aufgaben erfordern eine nachhaltige Arbeitspolitik, die auch die dem eigentlichen Arbeitsprozess vor- und nachgelagerten Dimensionen von Arbeit in den Blick nimmt (Lothar Schröder in diesem Band). Als deren Schlüsselprojekte lassen sich unter anderem benennen: Höhere finanzielle und materielle Anerkennung jeder Arbeit, insbesondere der gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungsarbeit; öffentliche Förderung und sozialstaatliche Flankierung; Umsetzung von Produktivitätssteigerungen in Arbeitszeitverkürzung und mehr Zeitsouveränität; tarifliche und wissenschaftliche Initiativen für Entlastungen und bessere Personalbemessung, auch um der mit der Digitalisierung einhergehenden Arbeitsverdichtung entgegenzuwirken. Auch die Rahmenbedingungen der Arbeit erfordern Entlastung, z. B. durch Reduzierung der Pendlerströme, Ressourcen schonende Modelle der Bedarfsdeckung, Ausweitung der Möglichkeiten der Telearbeit und ökologische Mobilitätssysteme und schließlich auch mehr demokratische Mitbestimmung über das „was“, „wie“, „wo“ und „wozu“ der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. „Der ausbeuterische Umgang mit dem Ökofaktor Zeit ist ... unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten weder für die Betroffenen noch für die Gesellschaft länger tragfähig. ... Es bedarf einer neuen Zeitkultur und -wirtschaft, eines ökologisch inspirierten Umgangs mit der Zeit, denn Zeit ist Leben.“ (ebd) Vor allem die Gestaltung von Arbeitszeit als Teil einer Gute-Arbeit-Strategie kann ein wichtiges Instrument sein, um an der Lösung sowohl ökologischer als auch sozialer und ökonomischer Probleme zu arbeiten (siehe dazu das Jahrbuch 2017). Hier können sich gewerkschaftliche Ansätze mit der Ökologie- und Postwachstumsperspektive durchaus treffen.

### **Die Gewerkschaften – ein Akteur für sozial-ökologische Transformation**

Die Gewerkschaften sind einer von vielen Akteuren einer sozial-ökologischen Umgestaltung und müssen mit anderen – hier vor allem mit der Ökologiebewegung - zusammenarbeiten.

Dazu gibt es positive Ansätze, aber das sollte nicht den Blick auf die realen Interessenkonflikte verstellen (siehe hierzu den Beitrag von Jana Flemming). Wir stoßen hier auf das „Magische Viereck“ einer Nachhaltigkeitsstrategie, nämlich zwischen: ökologischer Nachhaltigkeit, beschäftigungspolitischer Nachhaltigkeit, nachhaltiger Qualität der Arbeit („Gute Arbeit“) und Interessen an einem nachhaltigen Wettbewerbsmodell. „Magisch“ deshalb, weil das Engagement für ein Ziel in der Regel anderen Zielen entgegenläuft. Alle sind nicht gleichzeitig und in gleichem Maße zu haben. Die Konflikte müssen anerkannt, benannt und sachlich ausgetragen werden. Hier müssen Kompromisse und Übergangslösungen gefunden werden (dazu der Beitrag von Hans-Jürgen Urban in diesem Band).

Das zeigt sich auch in den Beiträgen dieses Bandes. Deshalb auch muss es eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften sein, die Frontstellungen zwischen den verschiedenen Bewegungen abzubauen, ohne reale Konflikte zu verdrängen. Letztlich geht es um eine sozial-ökologische Perspektive, die nicht weniger als den umfassenden Umbau der gesamten Produktions- und Lebensweise in den Blick nimmt (Klaus Dörre/Karina Becker in diesem Band).

Ein zentraler Hebel, um eine sozial-ökologische Transformation voranzutreiben und Kompromisse zwischen den Zielkonflikten zu finden, ist der Ausbau von Wirtschaftsdemokratie (Hans-Jürgen Urban in diesem Band). Dazu gehören

1. Die Ökologisierung von Produktion, Konsumtion und Verteilung,
2. Ein neues Regime der Verteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Lebenschancen und
3. die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen und Strukturen.

Wenn eine Nachhaltigkeitsstrategie meint, dass nicht nur die neoliberalen Shareholder-Value-Interessen zu überwinden sind, sondern auch Fossilismus, Ressourcenverschleiß und Naturübernutzung, dann braucht es dazu die Herausbildung eines gesellschaftlichen und politischen Reformakteurs. Die Gewerkschaften stehen in der Pflicht, hierzu konstruktiv beizutragen. Es liegt auf der Hand, dass dies kein Spaziergang wird. Eine wirksame Transformationsstrategie wird konfliktintensiv sein. „Kolossale Verteilungskämpfe um Einkommen, Privilegien und Macht“ (ebd.) werden unvermeidlich sein und müssen ausgefochten werden. Eine sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn sie mit einer umfassenden Demokratisierung verbunden wird.

## **Literatur**

Appen, Kai von (2011): Gewerkschaften und Anti-Atom-Bewegung, in: Robin Wood, Heft 109: 35f.

Arlt, Hans-Jürgen/Gebauer, Jana/Petschow, Ulrich/Hildebrandt, Eckart/Schmidt, Eberhardt/Zieschank, Roland (2007): Beiträge der Gewerkschaften zu einer innovationsorientierten Umweltpolitik. Texte 33/07. Policy Paper. Hrsg. vom Umweltbundesamt, Dessau. Download: [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)

Blöcker, Antje 2013: Wie steht es mit dem sozialökologischen Umbau der Industrie? In: Luxemburg, Heft 15; download unter <http://www.zeitschrift->

[luxemburg.de/konversion-ist-der-sozial-oekologische-umbau-der-industrie-in-der-betrieblichen-alltagspraxis-angekommen/](http://luxemburg.de/konversion-ist-der-sozial-oekologische-umbau-der-industrie-in-der-betrieblichen-alltagspraxis-angekommen/)

- Bücker, Andreas/Feldhoff, Kerstin/Kohte, Wolfhard: Vom Arbeitsschutz zur Arbeitsumwelt. Europäische Herausforderung für das deutsche Arbeitsrecht, Neuwied/Kriftel/Berlin 1994
- Dörre, Klaus (2013): Kapitalismus im Wachstumsdilemma. Die Verdrängung der ökologischen Krisendimension und ihre Folgen, in: WSI-Mitteilungen, Heft 2: 149-151.
- Dörre, Klaus (2014): Intelligent wachsen? Hoffnungen wider die Tretmühle der Akkumulation, in: WSI-Mitteilungen, Heft 7: 562f.
- Greenpeace 2017: Verkehrswende für Deutschland. Der Weg zu CO<sub>2</sub>-freier Mobilität bis 2035. Studie des Wuppertal Instituts erstellt im Auftrag von Greenpeace, Verfasser: Frederic Rudolph, Thorsten Koska, Clemens Schneider, Hamburg; download der Kurz- und Langfassung unter [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)
- Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg., 2000): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf.
- Hildebrandt, Eckart (1992): Umweltschutz und Mitbestimmung, in: Ulrich Steger (Hrsg.): Handbuch des Umweltmanagements, München: 343-373.
- Leisewitz, André/Pickshaus, Klaus (Hrsg.) (1990): Ökologie und Betrieb: Handlungsmöglichkeiten und Widersprüche gewerkschaftlicher Politik, in: Dies.: Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage. IMSF Forschung und Diskussion 5. Frankfurt am Main: 159-171.
- Leisewitz, André/Pickshaus, Klaus 1992: Ökologische Spurensuche im Betrieb. Tatort Betrieb – Erfahrungen einer Aktion der IG Metall, Frankfurt/Main
- Lessenich, Stephan/Dörre, Klaus (2014): Grenzen des Wachstums – Grenzen des Kapitalismus? In: WSI-Mitteilungen, Heft 7: 504.
- Marx, Karl (1867/1980): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (Marx-Engels-Werke Band 23), Berlin (DDR).
- Oppolzer, Alfred (1993): Ökologie der Arbeit. Mensch und Arbeitsumwelt: Belastungen und Gestaltungserfordernisse, Hamburg.
- Pickshaus, Klaus (2017): Strategien für gute Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft. Vortrag für die Tagung „Gute Arbeit ohne Wachstum“ der Evangelischen Akademie Tutzing, 15.-17.5., Folien.
- Pickshaus, Klaus/Urban, Hans-Jürgen (2002): Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeitspolitik. Plädoyer für eine neue Humanisierungsoffensive, in: Gewerkschaftliche Monatshefte. H. 10-11: 631-639.
- Sauer, Dieter (2013): Die organisatorische Revolution. Umbrüche in der Arbeitswelt – Ursachen, Auswirkungen und arbeitspolitische Antworten, Hamburg